



# **Bologna-Reform als Chance nutzen?**

## **Anregungen zur studentischen Partizipation**

Dr. Christian Berthold  
Dr. Daniela De Ridder  
Jens Michalke  
Thimo von Stuckrad

8. März 2010

Anlässlich der am 11. und 12. März stattfindenden Bologna-Konferenz in Budapest und Wien erneuern die Studierenden in den Hochschulen ihre Kritik an der unzureichenden Umsetzung der Studienreform: Mit großem Engagement fordern sie zu Recht bessere Rahmenbedingungen für ihr Studium. Zugleich kann jedoch beobachtet werden, dass sich an den Hochschulen nicht nur Kritiker(innen) scharf zu Wort melden, die eine bessere Lehre und Ausstattung und zugleich die Hochschulen vor der Vermarktung der Bildung schützen wollen, sondern auch all jene, die Veränderung als Bedrohung erleben und die universitären Elfenbeintürme als letzte Trutzburg in einer sich verändernden Informations- und Wissensgesellschaft vor allen Neuerungen glauben bewahren zu müssen. Dabei entstehen zuweilen verwirrende Diskussionen mit einseitigen Schuldzuweisungen, Vorurteilen und unrealistischen Forderungen. Für die Studierenden und ihre berechtigten Interessen sind derlei Debatten wenig hilfreich. Sinnvoll für sie wären hingegen Argumentationshilfen und pragmatische Hinweise, auf welche Prozesse sie tatsächlich Einfluss nehmen können. Was aber könnten Studierende konkret tun, um einerseits produktive Veränderungen zu bewirken und andererseits das eigene Studium unter durchaus verbesserten Bedingungen bewältigen zu können?

- **Bildungsbegriff selber definieren und kritische Fragen stellen:** Ein Ansatzpunkt für konkrete Veränderungen ist die Diskussion darüber, was hochschulische Bildung tatsächlich vermitteln soll und wie der Bildungshunger der Studierenden gestillt werden kann: Bildung ist mehr als reine Informationsvermittlung oder die Aneignung von Fachwissen, vor allem zählen zum „Bildungskapital“ Reflexionsvermögen, Mut zum „Querdenken“ und die Fähigkeit zur Selbstorganisation. Um diese Kompetenzen entwickeln und erproben zu können, sind jedoch Freiräume notwendig, die aktiv und anspruchsvoll ausgefüllt werden sollten. Allerdings teilen diesen Bildungsbegriff längst nicht alle Studierenden: Mit Blick auf den Arbeitsmarkt und die Chance, seinen eigenen Lebensunterhalt verdienen zu können, sehen einige in ihrem Bachelor-Studium vor allem die Möglichkeit, zu einem formalen akademischen Abschluss zu gelangen. Andere wiederum wollen noch ein Master-Studium anschließen. Das berechtigt sie zu der kritischen Nachfrage, was sie im Studium erwartet und wie der Übergang ausgestaltet wird: Mit welchen Schranken müssen sie rechnen? Gibt es feste Übergangsquoten oder einen internen Numerus Clausus?
- **Konkrete Veränderungsvorschläge entwickeln:** Wer schon jetzt darüber sinniert, dass die Konferenz in Budapest und Wien das „Kopenhagen der Bildungspolitik“ werden könnte, übersieht, dass es einen breiten Konsens der Kritiker(innen) bei der Umsetzung des Reformprozesses gibt. Wer allerdings Veränderungsprozesse bewirken will, kann nicht zugleich in Fundamentalkritik verharren: Studierende – wie alle anderen Hochschulmitglieder auch – sind daher explizit aufgefordert, sich zu beteiligen und konstruktive Verbesserungsvorschläge einzubringen. So sieht bereits das Berliner Kommuniqué zum Bologna-Prozess von 2003 eine stärkere Partizipation von Studierenden vor. Darin wird deutlich der hohe Stellenwert der Beteiligung von Studierenden betont, da nur diese den Erfolg der Bologna-Reform sicherstellen könne. Die Verankerung studentischer Partizipation sei daher in den Hochschul-

gesetzen der Bologna-Mitgliedsländer und in den Governance-Strukturen der Hochschulen zu verankern.<sup>1</sup>

- **Vorhandene Mitbestimmungsmöglichkeiten nutzen:** In (fast) allen Hochschulgremien müssen stimmberechtigte Studierende beteiligt werden, sei es in den Fachbereichs- und Fakultätsräten, den Studienkommissionen, bei Berufungsverfahren zur Besetzung zukünftiger Professuren oder im Senat. Vor allem sollten sich Studierende daher an den hochschulinternen Wahlen beteiligen und eigene Listen mit Kandidaturen für die Studierendenparlamente, Fakultätsräte und andere Hochschulgremien aufstellen. Seit Jahren ist die studentische Wahlbeteiligung für die Hochschulgremien jedoch gleichbleibend gering, was vielfach als Desinteresse an den hochschulinternen Entscheidungsprozessen interpretiert wird. Die landespolitische Verantwortung für die Fortentwicklung der Reformen und insbesondere für die finanzielle Ausstattung der Hochschulen wirksam adressieren können Studierende jedoch nur dann, wenn sie sich hochschulübergreifend organisieren – in den Konferenzen der ASten bzw. Studierendenschaften und in hochschulpolitischen Studierendenvereinigungen. Zugleich sollten Studierende darauf hinwirken, dass ihre Belange in den hochschulinternen Zielvereinbarungen zwischen Wissenschaftsministerien und Hochschulen sowie bei jenen, die zwischen Hochschulleitung und Fachbereichen bzw. Fakultäten zu schließen sind, aufgenommen werden.
- **Interessengemeinschaften bilden:** Die Umsetzung der Bologna-Reform verlangt nach guten Ideen und einer kritischen Würdigung der hochschulischen Situation vor Ort. Interessengemeinschaften zwischen Lehrenden und Studierenden aber auch mit den Akteur(inn)en der Hochschuladministration bieten nicht nur die Möglichkeit, im offenen Dialog die Positionen im Für und Wider der Argumente der jeweils anderen Gruppen kennenzulernen, sondern auch Ideenmanagement zu betreiben und gemeinsam entwickelte Projekte in die Tat umzusetzen. Studierende sollten auch den Mut haben zu loben und zu verteidigen, was ihren Hochschulen gut gelungen ist und sollten sich als handelnde Akteurinnen und Akteure von Erfolgsgeschichten verstehen. Glücklicherweise dürfen sich daher all jene Hochschulen, die bereits solche mitgliedergruppenübergreifenden Arbeitsgruppen zur Bologna-Reform gebildet haben.
- **Lehrende an ihre Gestaltungsspielräume erinnern:** Lehrende haben die Freiheit, Prüfungsarten zu variieren, Prüfungstermine zu flexibilisieren oder Curricula zu entschlacken. Aus der Freiheit zur Gestaltung, die nicht nur mit der Autonomie der Hochschulen einhergeht, sondern bereits aus der grundgesetzlichen Freiheit von Lehre und Forschung resultiert, muss auch eine Verpflichtung und Verantwortung erwachsen, diese für eine funktionierende Studienorganisation zu nutzen. Daran sollten Studierende ihre Professor(inn)en erinnern.
- **Lehrqualität und -organisation kritisch würdigen:** Studierende können auch im Bereich der Qualität der Lehre zentrale Anregungen liefern und ihre (Un)Zufrieden-

---

<sup>1</sup> Realising the European Higher Education Area". Communiqué of the Conference of Ministers responsible for Higher Education in Berlin on 19 September 2003, S. 5: [http://www.bologna-bergen2005.no/Docs/00-Main\\_doc/030919Berlin\\_Communique.PDF](http://www.bologna-bergen2005.no/Docs/00-Main_doc/030919Berlin_Communique.PDF)

heit in den Befragungen der Lehrevaluationen und der Rankings kundtun. Sogar auf die Auswahl von neuen Professor(inn)en können Studierende einwirken, indem sie bei deren Probelehrveranstaltung und Fachvorträgen die didaktischen Kompetenzen bewerten. Zudem fließt die Beurteilung der Lehre teilweise in die individuelle Bewertung der Professor(inn)en ein, die im Rahmen der W-Besoldung auch nach Leistung bezahlt werden. Auch in Bezug auf die Lehrorganisation können Studierende ihren Einfluss geltend machen und im Gespräch mit den Studiendekan(inn)en und bei Fachbereichs- und Fakultätsratssitzungen anregen, dass über allzu starre Regelungen nachgedacht wird: Warum sollte ein Bachelor-Studium sechs Semester umfassen? Auf welche Inhalte kann zwecks „Entrümpelung“ verzichtet werden? Und warum sollten reine Anwesenheitspflichten und Präsenzlehre zwingend zum Studienerfolg beitragen? Müssten nicht ganz unterschiedliche Lehrformate angeboten werden, um auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Studierenden eingehen zu können?

- **„Employability“ sichern:** Ein abgeschlossenes Studium soll die Eintrittskarte für den zukünftigen Arbeitsmarkt der Absolvent(inn)en darstellen. Gerade dieser Aspekt löst rege Diskussionen, zuweilen auch scharfe Kontroversen aus: Als eines der zentralen Stichworte im Bologna-Prozess wird stets von „Employability“ („Beschäftigungsfähigkeit“, „Arbeitsmarktfähigkeit“) gesprochen. Dies darf allerdings nicht als „Marktförmigkeit“ des Studiums missverstanden werden: Ein Studium sollte neben Fachwissen vor allem Fähigkeiten wie Reflexionsvermögen, Innovationsfähigkeit, analytisches Denken und soziale Verantwortung vermitteln. Andererseits übernimmt die Hochschule im Bologna-Prozess auch Verantwortung für ihre Absolvent(inn)en: So müssen in den Akkreditierungsanträgen auch Aussagen über die zukünftigen Arbeitsfelder der jeweiligen Studiengänge getroffen werden. Noch fehlen jedoch hinreichende empirische Befunde, wie sie etwa durch Verbleibsstudien geliefert werden könnten. Studierende sollten hierzu das Gespräch mit ihren Studiendekan(inn)en suchen.
- **Rechenschaft verlangen:** Vielfach kritisiert wurde die Einführung von Studienbeiträgen, insbesondere weil sie die soziale Selektion förderten. Hierzu fehlen jedoch die wissenschaftlichen Belege. Was hingegen jede Hochschule empirisch nachweisen kann, ist die Verwendung dieser Gelder. Dabei wäre es interessant zu wissen, welche Tutorien, Mentoring-Programme, Laborausstattungen und vieles mehr tatsächlich dank dieser Gelder eingerichtet und angeschafft werden konnten. Studierende sollten darauf bestehen, dass auch ein Controlling stattfindet, das die Betreuungsrelationen, die studentische Zufriedenheit und die Entwicklung der Sozialstruktur evaluiert. Viele Hochschulen sind zwischenzeitlich auch dazu übergegangen, ihre Studierenden aufzufordern, zur Verwendung der Gelder Vorschläge an die Hochschulleitung zu richten und beteiligen sie verstärkt an den jeweiligen Entscheidungsgremien.
- **Sich über Finanzierungsmöglichkeiten informieren:** Die Bachelor- und Masterstudiengänge sind – wesentlich mehr als die Diplom- und Magisterprogramme – als Vollzeitstudiengänge konzipiert. Dadurch wird die Zeit zum Jobben knapper. Studierende sollten sich daher über Stipendien und Studienkredite informieren, denn da gibt es inzwischen eine ganze Reihe an Finanzierungsmöglichkeiten, die

das elterliche Portemonnaie entlasten und das studentische Leben ein bisschen sorgenfreier machen.

- **Die Serviceangebote der Hochschulen in Anspruch nehmen:** Viele Studierende klagen zu Recht über Stress, Überlastung und Prüfungsängste. Zwar müssen zwingend die strukturellen Rahmenbedingungen an den Hochschulen verbessert werden und offensichtlich in Bezug auf sinnvolle Prüfungsanforderungen noch zahlreiche Aushandlungsprozesse stattfinden; bis zum Abschluss solcher Klärungsprozesse wollen viele Studierende jedoch ihr Studium mit Erfolg abgeschlossen haben. Ihnen seien die Beratungs- und Serviceleistungen der Hochschulen und Studentenwerke empfohlen. So ist eine intensive Vorbereitung zwar ein guter Weg Prüfungen zu bestehen; allerdings kommt es auch auf Stressresistenz, Zeitmanagement und Selbstmarketing an. Wie man dies üben kann, lernt man in Kursen zur Bewältigung von Prüfungsstress, wie sie vor allem von den Studienberatungen der Hochschulen und psycho-sozialen Beratungsstellen der Studentenwerke angeboten werden. An vielen Hochschulen ist es inzwischen auch Usus, zumindest für die Studienabschlussphase Mentoring-Programme vorzuhalten. Neben vielen anderen Angeboten gehören diese oft zu den Serviceleistungen der hochschulischen Career Center. Studierende mit Kindern und Pflegeverantwortung können sich zudem an die Gleichstellungsbüros oder auch an Familienbüros wenden, die zwischenzeitlich an zahlreichen Hochschulen eingerichtet wurden.
- **Mit Mythen aufräumen:** Aufgeräumt werden sollte schließlich mit etlichen Hochschulmythen, insbesondere mit der ahistorischen Idee, dass früher alles besser gewesen sei. Studierende von heute sollten sich nicht vom Ideal der Studienzeiterkürzung in die Enge treiben lassen und deshalb keineswegs auf Auslandsaufenthalte oder Zeiten für besondere Qualifikationen verzichten. Sie sollten wissen, dass Lehrveranstaltungen früher noch voller und Hochschulen finanziell mindestens genauso unzureichend ausgestattet waren. Auch die Prüfungsanforderungen in den Diplom- und Magisterstudiengängen waren keineswegs gering. Bereits in den Bildungsstreiks der 1980er und 1990er Jahren sprach man von „notorisch unterfinanzierten Massenuniversitäten“, der Notwendigkeit, über den hochschulischen Bildungsbegriff diskutieren zu müssen und der Furcht vor einer allzu großen Einflussnahme von außen, die nur noch industriell geförderte „Akzeptanzwissenschaften“ zulasse; auch an einer Mitsprache der Studierenden bestand nur gelegentlich Interesse. So Manche(r) hat daraus gelernt und einige der Bildungsstreikenden von gestern sind heute gute Hochschulmanager(innen).

#### **Kontakt:**

Dr. Daniela De Ridder

Email: [daniela.deridder@che-consult.de](mailto:daniela.deridder@che-consult.de)

Tel.: (05241) 21179-54

CHE Consult

Verler Straße 6 in 33332 Gütersloh